Lassalles führen, streben zwar die Macht in der Stadt an, wollen aber nicht den Staat selbst aushebeln. Ihr Ziel ist die parlamentarische Demokratie. Die Revolution erreicht Berlin, der Kaiser dankt ab, und am 9. November 1918 ruft Philipp Scheidemann die Republik aus. In großen Versammlungen legt die Kieler SPD ihren Kurs fest. Im überfüllten Saal des Gewerkschaftshauses referiert Bernhard Rausch am 12. November 1918. Er schlägt kämpferische Töne an, skizziert aber

The Political Left During the War.

The Example of Kie

Due to its social and political structure as a growing military and industrial city, the social contradictions of the German Empire were particularly notable in Kiel. During the First World War, social democracy in Kiel became the strongest political force in the city. In order to "not forsake the fatherland", and trusting in the promise of democratic reforms, trade unions and the SPD made a peace deal with the bourgeoisie, the so-called Burgfrieden (truce): for the period of the war, there should be no lockouts, strikes or demonstrations. But the reality of war soon changed the situation: death, suffering, racketeering and price rigging became the order of the day. The promised political reforms remained undelivered. The social democrats felt cheated by the bourgeoisie. The Burgfrieden increasingly eroded. Also within the party, struggles began over the direction to be taken. Torn between revolutionary vision and real responsibility, social democracy broke apart in the middle of the war. With the founding of the Independent Social Democratic Party of Germany (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, USPD), a small radical group established itself to the left of the SPD. Agreement remained on the rejection of the war and the commencement of peace negotiations. At the same time, the majority of SPD members urged realisation of the parliamentary republic. In November 1918 it was decision time regarding the path to be taken by Germany. By a large majority, the Kiel SPD voted for holding elections for a national assembly, and against government by a Räterepublik (soviet republic).

zugleich die Vision der Kieler Sozialdemokratie: Ohne Sozialismus ist in Deutschland nicht mehr auszukommen. Der Sozialismus aber kann nur aufgebaut werden auf dem festen Grunde der Demokratie. Stürmischer Beifall brandet im Saal auf. Die Kieler MSPD unterstützt die Wahl zur Nationalversammlung, die der Berliner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember beschließen wird. Anfang 1919 beginnt der Wahlkampf. "So konnten wir Versammlungen besuchen, diskutieren, Plakate kleben, Flugblätter verteilen", erzählt das Mitglied der Kieler Arbeiterjugend August Rathmann. (Rathmann: Arbeiterleben, 23) Militärpatrouillen sorgen am Wahltag in den Straßen für Ruhe, und in den Wahllokalen herrscht großer Andrang. In Kiel erreicht die MSPD mit 50,2 % die absolute Mehrheit. Die USPD erhält knapp 8 % der Stimmen. Schon eine Woche später findet die Wahl zur preußischen verfassungsgebenden Landesversammlung statt, und die Ergebnisse sind fast identisch. Am 6. Februar 1919 konstituiert sich die Nationalversammlung in Weimar. Die Wahlergebnisse bestätigen, dass die übergroße Mehrheit der Kieler Bevölkerung eine demokratische Regierung will. Doch ist die Zeit der bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse nicht vorbei. Mit dem Spartakusaufstand und dem Kapp-Putsch steht die junge Republik auch in Kiel vor neuen Herausforderungen.

Literaturhinweise

Rolf Fischer: Mit uns die neue Zeit! Kiels Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der Revolution, Kiel 2013.

Franz Osterroth: 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Kiel 1963.

Martin Rackwitz: Kriegszeiten in Kiel. Alltag und Politik an der Heimatfront 1914/18, Kiel 2013.

August Rathmann: Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach, Hammer 1983.

Franz Walter: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek 2009

In Erwartung einer Revolution.

Das politische Bewusstsein in Kiel

Die Revolution kam für die meisten Zeitgenossen wenig überraschend. Die staatlichen Autoritäten erwarteten 1918 jederzeit den Ausbruch weiterer Unruhen und bereiteten sich teils geradezu hysterisch auf eine neue große Arbeiterrevolte vor. Innerhalb der politisch organisierten Arbeiterschaft wartete man gebannt auf "die Revolution", von der man sich das Ende des Kriegs und sozialer und politischer Missstände erhoffte. Mit der Abspaltung der USPD brachen ungelöste Konflikte wieder auf und gewannen schnell großen Einfluss auf die politischen Tagesdebatten, insbesondere nach den beiden russischen Revolutionen 1917. In Deutschland wuchsen gleichermaßen Furcht und Hoffnung, hierzulande könne sich Ähnliches ereignen. Trotz der stark politisierten Ausgangslage kam die Novemberrevolution doch insoweit überraschend, als sie ihre "Initialzündung" (Dähnhardt) nicht aus dem Lager der Arbeiter, sondern aus den Reihen meuternder Marinemannschaften erhielt. Denn diese Gruppe hatte sich im wilhelminischen Kaiserreich bislang eines ausgeprägten, klassenübergreifenden Ansehens erfreuen können, welches sich vor allem aus der Flottenbegeisterung speiste.

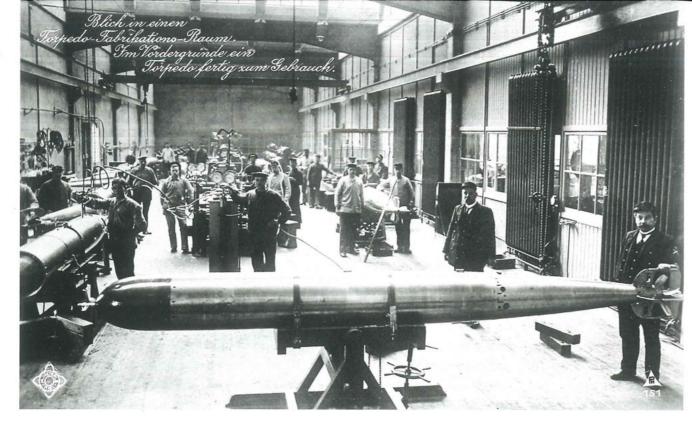
Als das III. Geschwader am 1. November in Kiel einlief und sich wenige hundert Matrosen zusammenschlossen, um gegen die Verhaftung ihrer Kameraden zu protestieren, hatten die meisten von ihnen zunächst keineswegs im Sinn, nun endlich die Revolution anzustoßen, von der allenthalben – zumindest hinter vorgehaltener Hand – die Rede war. Durch ihren öffentlich wahrnehmbaren Protest trafen sie einen Nerv und entfachten ein Lauffeuer, das sich in rasendem Tempo über den gesamten norddeutschen Raum und schließlich das ganze Deutsche Reich ausbreitete. Zwischen

der Solidarisierung Kieler Arbeiter mit den Matrosen am 4. November und der Abdankung Kaiser Wilhelms II. am 9. November vergingen nur wenige Tage.

Knut-Hinrik Kollex

Wie also war der Boden bereitet, auf den im November 1918 in Kiel die noch verhaltenen Forderungen der Matrosen fielen, warum wurde dem Aufstand auch aus dem bürgerlichen Lager so wenig Widerstand entgegengebracht, und wie stand es überhaupt um das politische Bewusstsein der Kieler Bevölkerung? Der einfachste Weg, ein solches Bewusstsein zu messen, sind Wahlen. Auch im wilhelminischen Kaiserreich wurde bereits gewählt, und die wohl wichtigsten Wahlen waren seit der Reichsgründung 1871 jene zum Deutschen Reichstag. Gewählt wurde in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl, wobei Frauen noch grundsätzlich vom Wahlrecht ausgenommen waren. Seit Beginn dieser Wahlen entsandten im Wahlkreis 7 (Kiel-Neumünster) nur zwei Parteien die Abgeordneten. Zum einen die linksliberale Deutsche Freisinnige Partei - später Fortschrittliche Volkspartei -, zum anderen die SPD.

Auf lokaler Ebene erschien dieses Bild auf den ersten Blick hingegen genau umgekehrt, denn der Kieler Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium waren bis Kriegsende bürgerlich dominiert. Das lag nicht an einer lokal anders gearteten politischen Präferenz der Einwohner, sondern am anders gearteten Wahlrecht. Es folgte seit 1869 den Bestimmungen der schleswig-holsteinischen Städteordnung. Städtische Kollegien wurden nach einem Zensuswahlrecht gewählt, wobei das Wahlrecht nicht den Einwohnern, sondern nur den Bürgern der Stadt zustand. Zur Erlangung eines solchen Bürgerrechts war vor allem die Leistung einer jährlichen Mindeststeuersumme erforderlich.



Die Städteordnung war keine demokratische, sondern eine liberale Ordnung, die noch von den Vorstellungen politischer Teilhabe des bürgerlichen 19. Jahrhunderts geprägt war. Das Wahlrecht bevorteilte das Bürgertum gegenüber den unteren Schichten, weil sich die finanzielle Mehrleistung für den Staat auch in einem größeren Stimmgewicht niederschlagen sollte. Gerade die Einkommensgrenze wurde schnell als Mittel entdeckt, die in Kiel rasch wachsenden Arbeitermassen von den wichtigen städtischen Entscheidungen fernzuhalten. Auf Vorschlag des Magistrats wurde diese Grenze von zunächst 660 Mark innerhalb weniger Jahre auf das Doppelte angehoben, waren doch durch Zuwanderung und stetige Lohnzuwächse bis 1909 Arbeiter und Gesellen zur größten Wählergruppe angewachsen.

Da trotz der beständig wachsenden Löhne weitere Anhebungen nicht in Frage kamen, da man sonst riskiert hätte, unteren Bürgerschichten ebenfalls ihr Wahlrecht zu entziehen, wurde die Stadt derart in Wahlbezirke aufgeteilt, dass die SPD nur zwei von ihnen gewinnen konnte, obwohl sie bereits weit über die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigte. Der Kieler Magistrat wollte nicht per se die Interessen der Arbeiter aus

den politischen Entscheidungen heraushalten, sondern sie ihnen von oben herab in sozialpatriarchalischer Weise gewähren. Das aber verwehrte den unteren Schichten, insbesondere den Arbeitern, für die die SPD sich einsetzte, ein politisches Selbstgestaltungsrecht. Ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung rückte daher die Frage des Wahlrechts, welche gerade vom bürgerlichen Lager als existenziell angesehen wurde.

Die mangelnde Repräsentanz und das Gefühl des Ausgeschlossenseins führten zwangsläufig zu einer breiten Solidarisierung unter der Arbeiterschaft und schloss die Reihen der Sozialdemokratie, die gerade aufgrund der Einschränkungen des Wahlrechts als einzige Partei in der Lage war, Arbeiterinteressen in den städtischen Gremien zu vertreten. Die Versuche einer Eindämmung waren so von Anfang an zum Scheitern verurteilt und förderten nur eine weitergehende Politisierung im Sinne der SPD.

Zudem hatte die Sozialdemokratie aus dem Umgang mit dem Sozialistengesetz einen reichen Erfahrungsschatz in der politischen Auseinandersetzung gewonnen. Zwischen 1878 und 1890 war sie verboten wor← 26 In Friedrichsort im Norden Kiels waren modernste Rüstungsbetriebe entstanden, wo insbesondere Torpedos für die Marine produziert wurden, wie die Fotopostkarte von Martin Dieterle aus dem Jahr 1915 zeigt. Die politisch sehr selbstbewusste Arbeiterschaft spielte später in den Revolutionstagen eine bedeutende Rolle.

den, hatte aber in zahlreichen Ersatzorganisationen überlebt und sich 1890 als SPD wiedergegründet. Die Repressionspolitik hatte der Sozialdemokratie eher genützt als geschadet und sie strukturell und politisch zusammengeschweißt. Zwar war die Frontstellung gegenüber den anderen, vor allem bürgerlichen Parteien, nicht so scharf wie oft vermutet, doch solidarisierten sich Arbeiter und Angehörige der unteren Gesellschaftsschichten überwiegend mit der SPD.

Der Kriegsbeginn stoppte den Höhenflug der Sozialdemokratie vorläufig. Mit dem Burgfrieden und einer
SPD, die sich nach langer Diskussion letztlich doch
der Kriegspolitik der Regierung anschloss, schien eine
Arbeiterpartei überflüssig geworden zu sein: in Kiel
verlor sie zeitweilig über 60% ihrer Mitglieder. Erst
die Abspaltung des linken Flügels zur USPD, die den
Burgfrieden ablehnte und ein sofortiges Kriegsende
forderte, brachte neuen Schwung in die politische Debatte und so auch den Mehrheitssozialdemokraten
wieder leichte Zuwächse.

Das bürgerliche Lager war noch weit stärker fragmentiert. Die bürgerliche Mittelschicht, dazu Akademiker und Teile des Bauerntums, sahen sich wesentlich im Liberalismus vertreten. In Schleswig-Holstein und Kiel reichte dessen politische Tradition bis in die Zeit der Auseinandersetzung mit dem dänischen Staat Mitte des 19. Jahrhunderts zurück und war nach 1867 zeitweise auch von antipreußischen Strömungen geprägt.

Wie im gesamten Deutschen Reich waren auch die Liberalen in Schleswig-Holstein von einer Aufspaltung in ein links- und ein nationalliberales Lager betroffen. Beide einte ein starkes schleswig-holsteinisches Sonderbewusstsein.

Die Linksliberalen behielten dabei eine oppositionelle Haltung gegenüber dem preußischen Staat und traten für eine weitere Parlamentarisierung sowie eine Beschränkung des staatlichen Einflusses ein. Ihre Wählerschaft rekrutierte sich zumeist aus Geschäftsleuten, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Akademikern. Sie mussten sich mit der Zeit, vor allem bei den Wahlen zum Preußischen Landtag und den Reichstagswahlen, immer öfter den Sozialdemokraten geschlagen geben. Bei den Kommunalwahlen in Kiel profitierten sie hingegen noch stark vom Zensuswahlrecht. Wohl auch deshalb standen die schleswig-holsteinischen Linksliberalen in scharfer Ablehnung den Sozialdemokraten gegenüber, obgleich beide zahlreiche inhaltliche Überschneidungen aufwiesen. Diese Ablehnung verband sie mit den Nationalliberalen, die nach der Reichsgründung 1871 den anti-preußischen Kurs aufgaben und sich vermehrt für den nationalen, also den deutschen Staat und dessen Machtinteressen einsetzten. Die Nationalliberalen rekrutierten ihre Anhängerschaft aus Gewerbetreibenden und insbesondere aus der wachsenden Zahl von Regierungs- und Provinzialbeamten. Auch der politische Konservatismus existierte in Kiel, vor allem in den Gebieten mit umliegenden großagrarischen Strukturen im Osten und Südosten der Stadt. Er war jedoch nur schwach ausgeprägt und seine Zielrichtung, die Krone gegenüber parlamentarischen Begehrlichkeiten zu stärken, fand bei den übrigen Lagern keinen Widerhall. Neben den Parteien agierten auf bürgerlicher Seite noch wirtschaftliche Interessenverbände politisch, die allerdings unterschiedliche Ziele verfolgten.

Der bürgerliche Magistrat manövrierte sich während des Krieges mit seiner Haltung dem Kieler Marinegouvernement gegenüber ins politische Abseits. Weil die Bürgerlichen die nationale Geschlossenheit als unbedingte vaterländische Pflicht betrachteten, verstärkten sie das politische Primat des Militärs gegenüber den zivilen Interessen der Stadt, welches es zuvor schon gegeben hatte, noch weiter. Somit gelang es nicht, das Militär bei der Lösung der drängenden Probleme der Zivilbevölkerung, insbesondere der Versorgungsfrage, dauerhaft in die Pflicht zu nehmen. So ist es wenig verwunderlich, dass das gesamte politische System stark an Rückhalt in der Bevölkerung verlor, was sich an der nur noch marginalen Wahlbeteiligung von 4% bei der letzten lokalen Wahl vor Kriegsende im Oktober 1918 festmachen lässt.

Neben den politischen Parteien kam vor allem den Kieler Gewerkschaften erheblicher politischer Einfluss zu. 1913 hatte die Gewerkschaftsbewegung in Kiel mit über 22 000 Mitgliedern einen Höhepunkt erreicht, der zunächst durch die zahlreichen Einberufungen gemindert wurde. Mit den zunehmenden Zweifeln am Burgfrieden sowie den großen Streiks von 1917 und 1918 stieg die Zahl der Kieler Mitglieder jedoch bald wieder auf 16000 an. Anders als der Trend im Reich es vorgab, blieb in Kiel die Verbindung zwischen linken Gewerkschaften und SPD auch zum Ende des Kaiserreichs eng und strukturell verflochten, wie das Beispiel Gustav Garbes zeigt, der eine Zeitlang nicht nur Vorsitzender des Kieler Gewerkschaftskartells, also des Zusammenschlusses lokaler Gewerkschaften, sondern auch des sozialdemokratischen Vereins in Kiel war. Damit stand zwar ein solider sozialdemokratischer Block dem bürgerlichen Lager gegenüber, der sich aber stark an den politischen Vorgaben der übergeordneten Parteistellen orientierte. Der große Streik zu Beginn des Jahres 1918 brach nicht zuletzt deswegen zusammen, weil

die Gewerkschaften den streikenden Arbeitern die Unterstützung versagten.

Bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Probleme, vor allem der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen, konnte die Kieler Bevölkerung gleich welchen Lagers folglich nicht auf die Politik bauen. Die bürgerliche städtische Führung hatte längst vor den Interessen der Marineführung kapituliert, und die Sozialdemokratie wollte die zarten Errungenschaften der Oktoberreformen, nach denen seit Ende Oktober 1918 der Reichkanzler nunmehr auch vom Reichstag und nicht mehr vom Kaiser allein abhängig sein sollte, sowie ihre Beteiligung an der neuen Regierung Max von Badens nicht gefährden.

Dabei war die Bevölkerung durchaus im Bilde über die aktuelle Entwicklung. Zeitungen waren zwar einer militärischen Zensur unterworfen, und die Veröffentlichung von Artikeln wurde unterbunden, wenn die Zensoren fürchteten, sie könnten "Unruhe" schüren, dennoch blieben genug Schlupflöcher, die einen hohen Informationsgrad sicherstellten. Die Kieler Zeitungen berichteten und diskutierten beispielsweise ausgiebig die Friedenspläne des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, was der allgemeinen Hoffnung Auftrieb verlieh, der Krieg würde bald ein für alle Seiten erträgliches Ende finden können. Zudem durfte in aller Breite über den Zusammenbruch der ungarisch-österreichischen Monarchie und den Zerfall des Vielvölkerstaats berichtet werden, was der Bevölkerung die möglichen Folgen einer unkontrollierten weiteren Entwicklung vor Augen führte. Das Ende des Krieges wurde zentrales Anliegen aller Gesellschaftsschichten. Wo sich die Politik der Ängste und Probleme der Bevölkerung nicht annahm, versuchten radikalere Positionen Einfluss zu gewinnen. Diese kamen vor allem aus der USPD und der Spartakusgruppe. Da die Kieler Werftarbeiter überwiegend im Lager der MSPD blieben, konzentrierten sich die Unabhängigen vor allem auf die Agitation unter den Marinemannschaften. In Kiel fokussierten sie sich auf die Torpedowerkstatt in Friedrichsort. Diese Form

der "Arbeitsteilung" war ein reichsweites Phänomen, das die Marineführung mit großer Sorge erfüllte, und gegen das sie mit teils drastischen Maßnahmen gegen mutmaßliche und tatsächliche politische Agitation



Die informierte Revolution. Politische Kommunikation am Vorabend des Kieler Matrosenaufstands

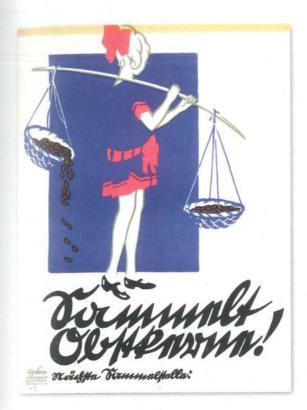
Trotz Militärzensur waren Zeitungen die Hauptträger politischer Information in Kiel. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung sprach als Organ der SPD vor allem Arbeiter an, die Kieler Zeitung Bürgerliche. Ihre Darstellungen wurden hinterfragt und diskutiert, etwa in Kneipen, wo häufig Zeitungen auslagen. Der Besitz illegaler Flugblätter und Flugschriften, zumal aus dem USPD-Umfeld, war speziell für Soldaten gefährlich und konnte harte Strafen wie Arrest nach sich ziehen. Oft kursierten daher kleine handgeschriebene Zettel. Politische Versammlungen wurden von der Staatsmacht teils verboten, teils mit Argwohn verfolgt und oft durch Polizeispitzel infiltriert. Bei Zusammenkünften unter freiem Himmel fürchtete man unkontrollierbare Entwicklungen wie Streiks und Krawalle. Zivile und militärische Autoritäten wie das Militärgouvernement in Kiel ließen Rüstungsbetriebe oft militärisch sichern, um "schädliche Einflüsse" von den Arbeitern fernzuhalten.

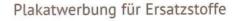
Ein nicht zu unterschätzender Faktor waren spontane Zusammenkünfte. Insbesondere die langen Schlangen vor den Kieler Lebensmittelgeschäften waren ein potenzieller Unruhefaktor, weil die Wartenden dort öffentlich ihren Unmut über die schlechte Versorgungslage artikulierten. Eine große Rolle spielten zudem persönliche Kontakte und Netzwerke, zumal das Gros der Matrosen der Arbeiterschaft entstammte und nicht wenige von ihnen schon vor dem Krieg in politischen Verbänden oder Gewerkschaften organisiert gewesen waren.

Knut-Hinrik Kollex

← 27 Zeitungen, die oft zweimal täglich erschienen, waren die wichtigsten öffentlichen Informationsmedien; hier das Abendblatt der 1864 gegründeten Kieler Zeitung vom 9. November 1918.







← ← 36 ← 37 ← ↓ 38 ↓ 39 Nicht nur Lebensmittel, sondern auch alle anderen Rohstoffe verknappten sich dramatisch durch die Seeblockade und den gleichzeitig gestiegenen Bedarf für die Kriegsproduktion. Für die Kampagnen zur Sammlung und Ablieferung von Ersatzstoffen wurde der Grafiker Julius Gipkens engagiert, der eine attraktive Plakatserie gestaltete. Die freundlichen Bildmotive sollten besonders Frauen und Kinder ansprechen.







Plakate der Kriegsanleihekampagnen 1918

←40 ↓41 →42 →↓43 Das Deutsche Reich finanzierte den Krieg durch Kriegsanleihen und rief in insgesamt neun aufwändigen Propagandakampagnen die Bevölkerung zur Zeichnung auf. Renommierte Werbegrafiker wie Fritz Erler, Louis Oppenheim, Lucian Bernard und Karl Sigrist entwarfen noch kurz vor Kriegsende Plakate für die 8. und 9. Kriegsanleihe.





